

Blankoscheck gegen die Pleite

GARANTIE Mit 480 Milliarden Euro rettet die Regierung die Banken. Ein Staatsbankrott ist nicht zu befürchten. Am Ende könnte der Bund sogar Geld damit verdienen

Von Stephan Balling

Neben einer guten Ausbildung in Kapitalmarkttheorie und Bankbetriebslehre dürfte für junge Investmentbanker und Finanzbeamte bald eine weitere Einstellungs Voraussetzung gelten: Sie müssen schwindelfrei sein. Die staatlichen Rettungspakete für die Finanzmärkte türmen sich zu Höhen auf, die selbst gestandene Finanzprofis die Orientierung verlieren lassen. Allein die Amerikaner spendieren 700 Milliarden Euro für ihre wankenden Banken. Frankreich zahlt 360 Milliarden Euro. Die deutsche Bundesregierung stellt 100 Milliarden Euro bereit und garantiert weitere 400 Milliarden. So will sie die Geldströme am ausgetrockneten Interbankenmarkt zum Fließen bringen.

Das Volumen des Rettungspakets übersteigt den gesamten Bundeshaushalt von 283 Milliarden Euro deutlich. Mancher Anleger fürchtet daher, auch hierzulande könnten Banken pleitegehen und am Ende eine zahlungsunfähige Bundesrepublik zurücklassen. „Ein Staatsbankrott in Deutschland ist sehr, sehr unwahrscheinlich und im Grunde auszuschließen“, beruhigt Hans Peter Grüner, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim. Er lobt das Eingreifen der Regierung. Das sieht der Wirtschafts-

anwalt Michael A. Leopold anders. Er hat kein Mitleid mit den Banken. „Da haben sich Leute verzockt, und ich denke, es ist langfristig besser, in den sauren Apfel zu beißen und den Instituten nicht zu helfen“, so der Spezialist für Bank- und Kapitalmarktrecht. Andernfalls kehre die Krise bald wieder zurück.

Noch allerdings belastet den Steuerzahler das Rettungspaket nicht: Dass der Bund die ausgesprochenen Garantien über 400 Milliarden Euro jemals zahlen muss, ist unwahrscheinlich. Derzeit herrscht vor allem eine Vertrauenskrise unter den Banken. Die Kreditinstitute sind übervorsichtig und leihen sich gegenseitig kein Geld, obwohl dazu eigentlich nur bedingt Anlass besteht. Die wirkliche Gefahr spiegelt sich also nicht in den Garantien wider, die die Staaten derzeit für die Banken aussprechen, sondern in den tatsächlich vorhandenen Schrott-Krediten, die einige Banken vergeben haben. Laut Internationalem Währungsfonds (IWF) beträgt der weltweite Abschreibungsbedarf bei den Banken derzeit 1,4 Billionen US-Dollar. „Einen beachtlichen Teil dieses Wertverlusts tragen bereits die Aktionäre“, sagt der Ökonom Hans Peter Grüner.

Die Bundesregierung kalkuliert mit höchstens fünf Prozent der gesamten Ga-

rantiesumme – also 20 Milliarden Euro –, die sie in den nächsten Jahren durch die Garantien an die Banken verlieren könnte. Diese Summe stellt sie in das sogenannte Sondervermögen des Bundes ein, ein Nebenhaushalt, der den sperrigen Namen „Finanzmarktstabilisierungsfonds“ trägt. In den sollen noch weitere 80 Milliarden Euro fließen, mit denen der Staat sich direkt an notleidenden Banken beteiligen kann, wenn deren Bonität so weit zu sinken droht, dass sie selbst keine Kredite für ihre Refinanzierung mehr bekommen.

Doch auch dieses Geld ist nicht gänzlich verloren. „Die Geschichte der Krisen lehrt, dass die Länder, die solche großen Rettungspakete schnüren müssen, sich am Ende einen Teil des Geldes zurückholen“, sagt Hans Peter Grüner zuversichtlich. Regierungen könnten sogar Gewinn machen. Das wäre dann der Fall, wenn die Aktienkurse dieser Banken sich wieder erholen und die öffentlichen Haushalte die Papiere über ihrem heutigen Kaufkurs wieder an der Börse veräußern. Bis jetzt ist auch überhaupt noch nicht klar, welchen Anteil der 80 Milliarden Euro die Bundesregierung tatsächlich verwenden muss, um Banken eine Eigenkapitalspritze zu geben. Auch der Vorsitzende der Finanzminister in Euro-Land, Jean-Claude

Juncker, zeigt sich optimistisch, dass die Regierungen am Ende nicht zu sehr draufzahlen (siehe Interview).

Für die Banken bleibt der Bittgang zu Finanzminister Peer Steinbrück ohnehin die Ultima Ratio. Wollen sie eine Staatsgarantie, müssen sie dafür eine Gebühr entrichten. Der Staat verlangt als Gegenleistung für Liquiditätshilfen ein jährliches Entgelt, das mindestens zwei Prozent der Garantiesumme betragen soll. Die Gebühr werde „so sein, dass sie schmerzt“, sagt Jörg Asmussen, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Noch unangenehmer wird es, wenn eine Bank nicht nur eine Garantie, sondern eine Eigenkapitalspritze vom Staat benötigt. Dann müssen besonders die Bankvorstände bittere Kröten schlucken. „Die Manager sollen nicht mehr als 500 000 Euro im Jahr verdienen, keine Boni bekommen und keine Aktien. Und eine Dividendenausschüttung soll es auch nicht geben“, so der Bundesfinanzminister. Zudem müssen die Banken ihre Geschäftspolitik verstärkt auf die Vergabe von Krediten an den Mittelstand ausrichten.

Auch die Aktionäre der betroffenen Banken dürften über Staatsbeteiligungen nicht jubeln. Denn der Staat kauft nicht etwa bestehende Aktien. Das würde die

Kurse nach oben treiben und die heutigen Anteilseigner würden profitieren. Vielmehr müssen die Kreditinstitute neue Aktien ausgeben. Dazu muss das Aktiengesetz geändert werden, was eigentlich kein leichtes Vorhaben ist. „Wenn ich mir anschau, was die Staaten derzeit machen, dürfte ihnen aber auch das gelingen“, sagt der Jurist Leopold. Das Vorgehen würde allerdings den Kurs „verwässern“, denn auf eine größere Menge von Aktien eines Unternehmens reagiert die Börse mit Kursabschlägen.

Die Marktlogik ist einfach: mehr Angebot, geringerer Preis. „Darunter leiden dann wieder die Kleinaktionäre, denn der Wert ihrer Papiere sinkt“, bemängelt der Jurist. Da das Regierungsvorhaben mit Staatsgeld finanziert wird, zahle der Steuerzahler am Ende doppelt, kritisiert Leopold. Der Mannheimer Ökonom Hans Peter Grüner dagegen lobt, dass sich der Staat durch dieses Paket erhebliche Mitspracherechte verschafft und gleichzeitig den Bankern Anreize nimmt, in Zukunft leichtfertig zu handeln. „Die Aktionäre dürften künftig mehr Wert auf eine intensive Überwachung des Managements legen, denn sie trifft der staatliche Einfluss auf Dividenden besonders hart“, so Grüner. Doch woher nimmt der Staat eigentlich die möglichen 100 Milliarden Eu-

ro des Finanzmarktstabilisierungsfonds? „Von Steuererhöhungen rate ich ab, die Abgabenquote in Deutschland sollte nicht noch weiter steigen“, sagt Grüner. Er plädiert für Einsparungen im Haushalt. Dennoch muss der Löwenanteil über Kredite finanziert werden. Wie das im Detail geschehen soll, ist derzeit noch unklar. Ihr Ziel, bis zum Jahr 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt aufzustellen, hat die Regierung bereits aufgegeben. „Das ist natürlich sehr bedauerlich, aber höhere Schulden sind besser als eine tiefe Krise“, urteilt Grüner.

Dass die Große Koalition in Berlin ihr Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts bis zum Jahr 2011 aufgibt, hat jedoch nur indirekt mit dem geschnürten Rettungspaket zu tun. Im Zuge der globalen Finanzkrise droht ein deutlicher Einbruch der Weltkonjunktur, was die exportabhängige deutsche Wirtschaft besonders hart trifft, wie es in der aktuellen Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute heißt. Titel des Werkes: „Deutschland am Rande der Rezession“. Die Institute prognostizieren für das kommende Jahr ein Wirtschaftswachstum von maximal 0,2 Prozent. Damit dürften auch die Steuereinnahmen einbrechen.